

B-31-West-Blockade geht weiter

Ministerium will weitere Alternativen prüfen / Mehr als 40.000 Euro für Gutachten ausgegeben

Breisach/Kaiserstuhl/Tuniberg.

Das Verkehrsministerium in Stuttgart blockiert bei der B-31-West weiter und will nun sogar weitere Maßnahmen für Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote für den Schwerlastverkehr prüfen lassen, so das Ergebnis einer Kleinen Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Patrick Rapp. Rapp kritisiert die weitere Blockade durch das Ministerium und die Kosten der Projektgruppe südöstlicher Kaiserstuhl, welche das Ministerium als Ersatz für die B-31-West eingesetzt hat. Laut Anfrage sind alleine für Gutachten und Beschilderungen 40.000 Euro aufgewandt worden. Die Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens der B-31-West hätte 100.000 Euro gekostet, was die Kaiserstuhlgemeinden vorfinanziert hätten, aber vom Ministerium abgelehnt wurde.

Der CDU-Abgeordnete reagiert mit Unverständnis auf die Antwort des Ministeriums auf seine kleine Anfrage im Landtag: „Die Projektgruppe hat im April ihre Arbeit beendet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass weitere Verkehrsbeschränkungen und Verkehrslenkungen nicht sinnvoll sind. Anstatt dies



Während die Naturschützer das Gottenheimer und das Wasenweiler Ried, das letzte großflächige und gut erhaltene Niedermoorgebiet in der Oberrheinebene, unter Schutz stellen wollen, dringt Dr. Patrick Rapp (CDU) auf den Weiterbasu der B-31-West durch das Moorgebiet.

Foto: ma

zu akzeptieren und endlich einzusehen, dass die Region die B-31 West braucht, will man erneut prüfen und sich weitere Maßnahmen überlegen“, so der Abgeordnete. Das Verkehrsministerium hatte in der Drucksache 15/4102 erklärt: „Aus Sicht des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur erscheinen bisher noch nicht alle Möglichkeiten genutzt, die Bevölkerung zu entlasten. So sind neben den in dem Prüfkatalog aufgeführten Vorschläge für punktuelle Verkehrsbeschränkungen in den Ortsdurchfahren (fahr-

richtungsbezogene) Verkehrsverbote für den Schwerverkehr, zum Beispiel auf der L114 Eichstetten näher zu untersuchen, die in dem Katalog nicht aufgeführt sind.“

In der Antwort auf die Anfrage wurde deutlich, dass alleine für die Gutachter und Beschilderungen durch die Projektgruppe mehr als 40.000 Euro an Kosten angefallen sind - ohne das die vielen Arbeitsstunden in den Behörden berücksichtigt wurden. Zu den Personalkosten will das Verkehrsministerium keine Stellung nehmen. (RK)